

Regierungsratsbeschluss

vom 8. September 2026

Nr. 2026/1555

KR.Nr. VA 0075/2026 (DDI)

Volksauftrag «Pilotprojekt 'Renitente Asylsuchende' im BAZ Flumenthal – Einbezug der betroffenen Region sicherstellen» Stellungnahme des Regierungsrates

1. Volksauftragstext

Der Regierungsrat wird beauftragt:

1. Gegenüber dem Staatssekretariat für Migration (SEM) formell zu intervenieren und die Sistierung des Pilotprojekts bis zur Klärung mit Kanton und Gemeinden zu verlangen.
2. Eine formelle Aussprache mit dem SEM zu verlangen, bevor das Pilotprojekt umgesetzt wird – insbesondere unter Bezugnahme auf das Vorgehen des Kantons Tessin.
3. Sicherzustellen, dass die betroffenen Gemeinden Flumenthal und Deitingen in alle weiteren Planungsschritte aktiv und frühzeitig einbezogen werden und nicht lediglich informiert werden.

2. Begründung

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) plant ab Sommer 2026 im Bundesasylzentrum (BAZ) Flumenthal ein Pilotprojekt zur separaten Unterbringung von Asylsuchenden, die den Betrieb des Zentrums belasten. Der Kanton Solothurn sowie die betroffenen Gemeinden Flumenthal und Deitingen wurden dabei nicht in die Planung einbezogen – sie wurden lediglich nachträglich informiert.

Dieses Vorgehen des Bundes missachtet die berechtigten Interessen der betroffenen Region. Ein Pilotprojekt dieser Tragweite – mit direkten Auswirkungen auf Sicherheit, Infrastruktur und Bevölkerung – darf nicht ohne Mitsprache der betroffenen Gemeinden und des Kantons umgesetzt werden.

Das Vorbild Tessin: Der Kanton Tessin befand sich in der identischen Situation. Das SEM plante dasselbe Pilotprojekt im BAZ Balerna-Novazzano, ebenfalls ohne Einbezug der Region. Der Tessiner Regierungsrat und die betroffenen Gemeinden erhoben gemeinsam offiziell Einsprache beim SEM und verlangten eine Aussprache. Das Ergebnis: Das SEM sistierte das Projekt und überprüft es seither.

Solothurn muss denselben Weg gehen. Das BAZ Flumenthal ist zwar eine Bundesanlage – der Kanton und die Gemeinden tragen jedoch die direkten Konsequenzen im Alltag: Sicherheit, Infrastruktur, soziales Umfeld.

Wer die Folgen trägt, muss mitreden dürfen.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Der Regierungsrat versteht, dass Veränderungen im Bundesasylzentrum (BAZ) Flumenthal bei der Bevölkerung und den betroffenen Gemeinden Fragen auslösen. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) informierte den Kanton und die Gemeinden über das geplante Pilotprojekt und erläuterte dessen Inhalt und Ziel. An der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 18. März 2026 war der Regierungsrat durch Frau Landammann Susanne Schaffner, die für das Asylossier zuständige Vorsteherin des Departements des Innern, vertreten.

Nach den Darlegungen des SEM dient das Projekt der betriebsinternen Organisation des BAZ. Es verändert weder dessen Kapazität noch die Zuweisung von Personen oder sonst eine Vollzugspraxis des Bundes. Dem Regierungsrat liegen derzeit keine Hinweise vor, die gegen diese Einordnung sprechen. Das Projekt berührt deshalb keine Zuständigkeiten oder Interessen auf kantonaler Ebene. Ob kommunale Zuständigkeiten und Interessen betroffen sind, klären das SEM und die Gemeinden direkt miteinander. Dieser Austausch findet nach Kenntnis des Regierungsrates aktuell statt.

Zwischen dem Kanton Solothurn, den Standortgemeinden und dem SEM besteht zudem ein regelmässiger, institutionalisierter Austausch. Der Regierungsrat wird die weitere Entwicklung des Projekts in diesem Rahmen aufmerksam verfolgen, die kantonalen Interessen wahrnehmen und die Gemeinden bei konkreten Anliegen und der Wahrung ihrer Interessen im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen. Da die zuständigen Stellen bereits miteinander im Gespräch sind und kein kantonaler Handlungsbedarf besteht, sind eine zusätzliche formelle Aussprache, eine kantonale Intervention oder eine Forderung nach Sistierung des Projekts nicht erforderlich.

4. Antrag des Regierungsrates

Nichterheblicherklärung.



Yves Derendinger
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Sozial- und Gesundheitskommission

Verteiler

Departement des Innern, Departementssekretariat (kein Papierversand)
 Amt für Gesellschaft und Soziales; RON, HER, Admin (2026-044) (kein Papierversand, Zustellung durch DS DDI)
 Parlamentsdienste (elektronische Publikation an KR)
 Nathalie Ravasio-Felice, Gartenstrasse 2, 4543 Deitingen; E-Mail-Versand (nrf@rundf.ch) durch SLE/RON
 Einwohnergemeinde Deitingen, Gemeindepräsidium, Bruno Eberhard; E-Mail-Versand durch SLE/RON
 Einwohnergemeinde Flumenthal, Gemeindepräsidium, Markus Zubler; E-Mail-Versand durch SLE/RON
 Staatssekretariat für Migration, Vizedirektorin, Dominique Rothen; E-Mail-Versand durch SLE/RON